

Positionspapier

UEAPME¹ verlangt einen europäischen Wachstumspakt, der mit dem Fiskalvertrag kohärent ist und die notwendigen Strukturreformen beinhaltet

Budgetkonsolidierung reicht nicht aus, um Wirtschaftswachstum wiederzubeleben

UEAPME und ihre Mitglieder haben im Laufe der aktuellen Krise immer wieder betont, dass Budgetkonsolidierung eine unabdingbare Voraussetzung für die Stabilisierung der Finanzmärkte und für die Lösung der Staatsschuldenkrise sowie der Außenhandelsungleichgewichte ist. **Gleichzeitig ist UEAPME davon überzeugt, dass der private Wirtschaftssektor der Motor für zukünftiges Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen sein muss.** Ein solcher Ausschwing wird jedoch nicht möglich sein, solange nicht die notwendigen Stukturreformen in den verschiedenen Ländern, insbesondere in der Eurozone, umgesetzt sind.

Unser letztes EU KMU Barometer² und andere Prognosen zeigen, dass trotz der Vielzahl von getroffenen Maßnahmen auf EU und nationaler Ebene, die europäische Wirtschaft und insbesondere die KMU im Dienstleistungs- und Bausektor in nahezu allen Ländern unter einer schwachen Nachfrage der privaten Haushalte (Verringerung des verfügbaren Einkommens und Anstieg der Arbeitslosigkeit), der Unternehmen (Investitionsstopp) und der öffentlichen Haushalte (Ausgabenkürzungen) leiden. Diese schwache Nachfrage und die anhaltende Instabilität der Finanzmärkte sind die Auslöser für den aktuellen Abschwung, welcher die EU wieder an den Rand einer neuen Rezession brachte.

Die politischen Antworten auf diese Krise, die durch verschiedene Schocks and Probleme verursacht ist, haben mehr und mehr gezeigt, dass Budgetkonsolidierung und Strukturreformen, wie sie von europäischen und internationalen Institutionen verlangt werden, bisher nicht ausreichen, um die Wirtschaft auf einen nachhaltigen Wachstumskurs zu bringen und die Finanzmärkte wieder zu stabilisieren. Daher findet die Forderung nach wachstumsfördernden Maßnahmen, welche erstmals von der EU Kommission im Jahreswirtschaftsbericht 2012 eingefordert wurden, mehr und mehr Unterstützung durch die Mitgliedstaaten.

Budgetkonsolidierung und Strukturreformen müssen von wachstumsfördernden und wachstumsunterstützenden Maßnahmen ergänzt werden

UEAPME unterstützt die Forderung nach wachstumsfördernden und wachstumsunterstützenden Maßnahmen. Eine solche Wachstumsstrategie muss jedoch aus mehreren Gründen von fiskalischen Konsolidierungsmaßnahmen und Strukturreformen begleitet werden:

¹ UEAPME subscribes to the European Commission's Register of Interest Representatives and to the related code of conduct as requested by the European Transparency Initiative. Our ID number is [55820581197-35](#).

² http://www.ueapme.com/IMG/pdf/120228_Barometer_2012H1_final.pdf

- Die meisten Mitgliedstaaten haben keinen finanziellen Spielraum, um ein Wachstumspaket mit zusätzlichen Schulden zu finanzieren.
- Zukünftiges Wachstum und Beschäftigung muss daher aus dem privaten Sektor kommen. Private Investitionen, aber auch private Konsumausgaben, brauchen Vertrauen in die zukünftige Entwicklung, wofür die Wiedererlangung der Wettbewerbsfähigkeit eine notwendige Voraussetzung darstellt.
- Strukturreformen sind aus zwei Gründen notwendig: um mittelfristige fiskalische Stabilität zu erreichen und um Wettbewerbsfähigkeit durch steigende Produktivität zu erhöhen.

Daher fordert UEAPME, eine Neuausrichtung der europäischen wirtschaftspolitischen Strategie, welche auf vier Säulen basieren sollte:

1. Dem Fiskalvertrag, zur Wiedererlangung der Stabilität auf den Finanzmärkten und um das Vertrauen in die öffentlichen Haushalte und das Bankensystem wieder aufzubauen.
2. Einem Programm für Strukturreformen, um die Wettbewerbsfähigkeit durch eine Verringerung der Belastungen und Kosten für private wirtschaftliche Aktivitäten zu erhöhen, aber auch um die strukturellen Defizite in den öffentlichen Haushalten und den Sozialsystemen zu reduzieren.
3. Wachstumsfördernde und wachstumsunterstützende Maßnahmen, um, insbesondere in den Problemländern, positive Wachstumsimpulse auszulösen, aber auch um die Infrastruktur zu verbessern.
4. Um das notwendige Vertrauen in einen solchen integrierten Politikansatz sicherzustellen, müssen diese drei Politikansätze in kohärenter Form gestaltet und zuverlässig umgesetzt werden, wozu es glaubwürdiger Institutionen bedarf.

Die Prioritäten des Handwerks und der KMU bezüglich eines zukünftigen Europäischen Wachstumspaktes

UEAPME unterstützt die Schaffung eines Europäischen Wachstumspaktes (EWP), wenn dieser mit den anderen Elementen der aktuellen Krisenpolitik kohärent ist und die wichtigsten Prioritäten und Bedürfnisse des Handwerks und der KMU in Europa einbezieht. Weiters muss der EWP mit der EU 2020 Agenda und dem zukünftigen Finanzrahmen der EU vereinbar sein.

Es liegt in der Natur der Sache, dass die konkreten Maßnahmen innerhalb eines EWP sich von Land zu Land unterscheiden und die jeweilige spezifische Situation und den Bedarf reflektieren müssen. Klar muss jedoch sein, dass ein EWP nur dann erfolgreich sein kann, wenn sich die Mitgliedstaaten eindeutig zu der allgemeinen politischen Ausrichtung und den Prioritäten bekennen und alle Regierungen den Willen haben und zeigen, die gemeinsam beschlossenen Maßnahmen zuhause auch umzusetzen; notfalls auch gegen den Willen wichtiger Interessensgruppen.

1. KMU Prioritäten in Bezug auf den Fiskalvertrag

Ein zentrales Ziel des Fiskalvertrages aus der Sicht von KMU ist die Wiederherstellung der Stabilität der Finanzmärkte, um eine ausreichende Finanzierung der Realwirtschaft sicherzustellen und das Vertrauen in

die öffentliche Haushalte zu rehabilitieren, damit die Belastung durch hohe Zinszahlungen für Staatenleihen reduziert wird.

Die wichtigsten Elemente sind:

- Eine mittelfristige Reduzierung der strukturellen Defizite verursacht durch Pensions- und Gesundheitssysteme. Finanzmärkte würden kurzfristig höhere Defizite akzeptieren, wenn die Budgets mittelfristig nachhaltig sind.
- Steuermaßnahmen müssen zu einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit beitragen (fiskalische Abwertung, wenn notwendig) und Anreize für wirtschaftliche Aktivitäten bieten. Darüber hinaus ist sicher zu stellen, dass die Steuern entsprechend den nationalen Gesetzen auch erhoben und gezahlt werden.
- Ausgabenkürzungen sollten eher bei Konsumausgaben als bei Investitionen ansetzen, letztere haben nicht nur einen höheren Multiplikatoreffekt, sondern erhöhen auch das Wachstumspotential.
- Unterstützende Maßnahmen durch die Europäische Zentralbank müssen so gestaltet werden, dass sie zukünftigen Inflationsdruck vermeiden.
- Reformen bei den Finanzdienstleistungen zur Stabilisierung der Märkte und um Anreize zur Finanzierung der Realwirtschaft zu schaffen sowie zur Einschränkung von spekulativen Geschäften.

2. KMU Prioritäten in Bezug auf Strukturreformen

Strukturreformen, wie sie im Rahmen des Europäischen Semesters eingefordert werden, sind die Voraussetzung für nachhaltige Budgetkonsolidierung und die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. Europa wird nicht auf einen Wachstumspfad zurückkehren können, solange diese Reformen von nationalen und regionalen Politikern zur Seite geschoben werden.

Die wichtigsten Elemente sind:

- Nationalen Sozialversicherungssysteme müssen nachhaltig finanzierbar gemacht werden ohne die soziale Kohäsion zu gefährden.
- Europas Wirtschaft und im besonderen die KMU brauchen hoch qualitative öffentliche Dienstleistungen und diese müssen kosteneffizient zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus muss die Effizienz der staatlichen Verwaltung weiter verbessert werden.
- Die Organisation der Arbeitsmärkte in vielen Mitgliedstaaten muss sowohl auf der Angebotsseite (Qualifikation, Schließen der Lücke zwischen gesetzlichem und effektivem Pensionsalter, "Arbeit muss sich lohnen") als auch auf Nachfrageseite (Flexibilisierung, Löhne im Verhältnis zur Produktivität, Anreize zur Schaffung von Arbeitsplätzen) verbessert werden.
- Der Binnenmarkt, insbesondere bei Dienstleistungen (Energie, Transport, Patente, Risikokapital, öffentliche Beschaffung etc.), muss endlich vollendet werden.
- Das regulatorische Umfeld für Unternehmen muss durch eine konsequente Umsetzung der Prioritäten des Small Business Acts (Think Small First Approach, hochwertige Folgenabschätzungsverfahren unter Anwendung des KMU-Tests, Bürokratieabbau) verbessert werden.

3. KMU Prioritäten in Bezug auf wachstumsfördernde und wachstumsunterstützende Maßnahmen

Budgetkonsolidierung und Strukturreformen sind notwendige Voraussetzung für zukünftiges Wachstum, aber möglicherweise nicht ausreichend in schweren Krisen wie der gegenwärtigen. Wachstumsfördernde und wachstumsunterstützende Maßnahmen sind notwendig, um neues Wachstum anzustoßen und um die Infrastruktur für wirtschaftliche Aktivitäten zu verbessern.

KMU spezifische Maßnahmen sollten den Verpflichtungen aus dem Small Business Act folgen. Die wichtigsten Elemente sind:

- Öffentliche Unterstützung für Finanzinstrumente zur Finanzierung von Investitionen in Form von Garantien und Bürgschaften, welche die niedrigsten unmittelbaren Kosten aufweisen;
- Unterstützung für Investitionen in Energieeffizienz durch Finanzinstrumente oder steuerliche Förderung für einen befristeten Zeitraum;
- Öffentliche Qualifikationsgarantien für Jugendliche mit Schwerpunkt auf einer unternehmensnahen Ausbildung (Lehre, Facharbeiter);
- Eine bessere Abstimmung zwischen Qualifikationszielen der Ausbildungssystemen und dem Qualifikationsbedarf der Unternehmen;
- Investitionen in Infrastruktur und Qualifikation im weiteren Sinne durch die Mobilisierung von privatem Kapital;
- Spezielle Unterstützung für innovative Unternehmen sowie Unternehmen, die neue Märkte (Internationalisierung) ansprechen wollen;
- Sicherstellung eines fairen Wettbewerbs für kleine Unternehmen (Zahlungsverzug, Zugang zu öffentlichen Aufträgen, Schutz geistigen Eigentums, handelspolitische Schutzmaßnahmen).

Brüssel, 4. Juli 2012

Für weitere Informationen zu diesem Positionspapier:

Gerhard Huemer
 Direktor für Wirtschafts- und Fiskalpolitik
g.huemer@ueapme.com